

Jetzt österreich's!



V. li. n. re.: Robert Misik, Bernd Marin, Robert Menasse, Stephan Strzykowski (stv. Chefredakteur „Die Wirtschaft“) Christian Friesl, Monika Langthaler, Karl Aiginger und im Vordergrund Moderator Stefan Böck (Chefredakteur „Die Wirtschaft“).

Was braucht Österreich? Wie sieht die Zukunft dieses Landes aus? Wie sein Selbstverständnis? Der Österreichische Wirtschaftsverband hat anlässlich seines 65-Jahr-Jubiläums einen Weisenrat einberufen. Über die Lage der Nation diskutieren die Unternehmerin und Ex-Grüne **Monika Langthaler**, WIFO-Chef **Karl Aiginger**, **Christian Friesl**, Bereich Gesellschaftspolitik in der Industriellenvereinigung, der Sozialwissenschaftler **Bernd Marin**, der Schriftsteller **Robert Menasse** und der Journalist und Autor **Robert Misik**.

Text Stefan Böck, Fotos Hans Ringhofer

■ Die Gefahr solcher Diskussionsrunden ist, dass natürlich jeder weiß, wie es besser gehen könnte, niemals aber in die Verlegenheit kommt, politische Verantwortung zu tragen. Dem wollen wir mit einem Gedankenexperiment begegnen: Einmal angenommen, Sie bekommen politische Macht für einen Tag und haben die Chance, Dinge umzusetzen. Was kommt ganz oben auf Ihre politische Agenda? Was würden Sie an diesem Tag umsetzen?

Robert Misik: An einem Tag ist leider nur sehr wenig möglich, da wäre ich schon lieber Langzeitkanzler! Aber im Ernst: Viele dringende Aufgaben münden in die Grundsatzfrage, wie man die Gesellschaft gerechter und fairer machen kann, und darum würde ich mich gerne kümmern. Allen Menschen gleiche Chancen und eine einigermaßen gleiche Ausstattung mit materiellen Ressourcen zu geben ist die Voraussetzung für die Lösung vieler anderer Probleme.

Bernd Marin: Ich würde versuchen, das in Österreich seit Urzeiten praktizierte „So tun, als ob“ abzuschaffen. Kaum je wurde etwas Wichtiges konsequent gemacht hierzulande. Mein Traum wäre daher, den Operettenstaat in ein wirksames Gemeinwesen umzuwandeln. Manche sagen, Österreich wird immer mehr zu einer normalen kapitalistischen Marktwirtschaft nach OECD-Muster. Die Gegenthese ist: Es halten sich sehr viele „Austriaca“. Ich glaube, es wäre für Österreich

gut, Sonderpfade zu verlassen, denn wir sind noch nicht einmal richtig im Kapitalismus angekommen. Das hat gemütliche und skurrile Seiten, aber eine ernsthafte Veranstaltung ist es nicht. Frederic Morton sprach boshaft von einer „nation of understudies“.

Robert Menasse: Ich möchte gar keine Macht haben, nicht für einen Tag und auch nicht als Langzeitkanzler. Wenn ich aber etwas durch einen Fingerschnippser bewerk-



„Österreich ist ein Operettenstaat.“
Bernd Marin

» stelligen könnte, dann würde ich als Allererstes eine Vervielfachung der Bildungschancen in diesem Land herbeizaubern. Bildung, und damit meine ich nicht Ausbildung, ist die unabdingbare Voraussetzung für alles andere, was wir politisch und wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich entscheiden müssen. Wir haben Bildungsdefizite, die katastrophale Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima haben, vom wirtschaftlichen ganz zu schweigen. Die entscheidenden Fragen der Zukunft sind die nach Chancengleichheit im Bezug auf Zugang zur Bildung und Verteilungsgerechtigkeit. Das klarzumachen, würde ich als meine Aufgabe ansehen.

Christian Friesl: Es gibt drei Dinge, die man angehen muss: Bildung, Bildung und Bildung. Ich würde mir aber gleich ein neues Unterrichtsfach wünschen: Responsible Capitalism. Wir haben ein mangelndes Verständnis und sehr wenig Sachkenntnis darüber, wie Wirtschaft funktioniert. Als Zweites würde ich die Fremdenpolitik der letzten 20 Jahre zurückdrehen, denn das ist etwas, was das Klima in diesem Land ganz massiv beeinflusst. Die katastrophale Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Demokratie und zur Politik hängt damit zusammen, dass uns immer wieder Ausgrenzungs- und Sicherheitstheorien vorgespielt werden, die völlig unrealistisch sind. Wir können das Land nicht zusperrern. Ich glaube, dass wir in diesem Land bei manchen Themen irrsinnige Blockaden haben. In Wahrheit wissen viele, was getan werden müsste, passieren tut aber seit 20 Jahren wenig. Andererseits existiert ein großes Visionsdefizit: Worin liegen die Ziele und Strategien für Österreich, wirtschaftlich und gesellschaftlich? Es ist niemand da, der für dieses siebentreichste Industrieland der Erde eine Idee hat, wie es weitergeht.

Monika Langthaler: Ich würde mir Sendezeit im ORF reservieren und der Bevölkerung sagen; dass Österreich seit 1945 eine einzige Erfolgsgeschichte ist und wir in einem Wohlstand leben, der sich in dieser Form jetzt aber nicht mehr ausgeht. Ich würde den Fokus nicht auf Österreich, sondern auf einige dramatische internationale Zahlen richten. Wenn wir unseren Wohlstand für alle beanspruchen, bräuchten wir mindestens sechs Planeten. Wenn wir also von Verteilungsgerechtigkeit sprechen, dann dürfen wir nicht nur von Österreich sprechen. Mir geht diese

Jammerei in Österreich so auf die Nerven. In jedem Wahlkampf hören wir, wie schlecht es uns geht. Es geht uns in Wahrheit viel zu gut. Als Bundeskanzlerin würde ich ein Projekt starten, dass das Bruttoinlandsprodukt auffettet mit Indikatoren, die wirklich den Wohlstand beurteilen. Das reine Fokussieren auf Wachstum und Konsum führt zu nichts, weder in Österreich noch international.

Karl Aiginger: Österreich ist ein Erfolgsmodell. Aber wir haben ganz klare Schwächen: Die Lösungen werden in der Regel nicht proaktiv erarbeitet, sondern man schaut sehr lange auf die anderen. Bei einer großen Krise drehen wir an ein paar Schrauben, anstatt ein Zukunftskonzept vorzulegen. Die Sozialpartner neigen zum Kalmieren, sie haben aber auch Probleme gelöst, die sonst so nicht gelöst worden wären. Wir wären ohne Sozialpartner nie bei der EU. Die Abstimmung wäre verloren gegangen, wenn die Sozialpartner das nicht übernommen hätten. Die Bevölkerung glaubt den Sozialpartnern. Sie sind eine Art Reserve-Server, wenn die Regierung nicht gut arbeitet. Diese Strukturen können natürlich auch konservierend wirken und zu Klientelpolitik führen, komplexere Probleme sind durch die Sozialpartner aber leichter lösbar.

Bernd Marin: Aber wedelt heute nicht der Schwanz mit dem Hund? Der kleine schwarze GÖD-Schwanz wedelt mit dem großen roten ÖGB-Hund, weil er der Einzige ist, der Geld in die Kassen der maroden Gewerkschaft spült. Die Sozialpartnerschaft war einmal in der Lage, gesamtwirtschaftliche Vernunft durchzusetzen. Soweit sie immer mehr dem Schutz von Einzelinteressen dient – noch dazu so reaktionär, wie sie die GÖD vertritt, die Insider gegen Outsider und Anbieter gegen Staatsbürger als Kunden ausspielt –, ist sie eine konservative Kraft, leider. Unsere Gewerkschaften agieren gruppenegoistisch und sind der Unternehmenseite vielleicht machtmäßig, nicht aber konzeptiv gewachsen.

Christian Friesl: Ich erlebe die Sozialpartnerschaft heute immer noch als sehr effizient. Wenn die Regierung sich etwas selber nicht zutraut, delegiert sie das an die Sozialpartner. Das klappt ganz gut. Die Kehrseite ist: Wenn man Demokratie an Institutionen abgibt, führt das zu Distanz zwischen Bürgern und Politik.

Robert Misik: Es ist richtig, dass es uns gutgeht, dass wir alles haben. Es ist in einem gewissen Sinne auch nicht richtig. Da draußen leben alleinerziehende Mütter mit 1000 Euro netto, wenn es gutgeht. Eine Wohnung kostet 600 Euro. Da bleibt nicht gerade viel zum Leben. Hier zu sagen, dass es kein Fairnessproblem gibt, ist ein bisschen frivol.

Bernd Marin: Ich finde es auch sehr problematisch, dass von mindestgesicherten Alleinerzieherinnen über solche im unteren Einkommensdriftel bis zu Fachkräften an der Höchstbeitragsgrundlage Grenzsteuersätze erhoben werden, bis zur Höhe dessen, was reiche Leute jemals an Steuern zu bezahlen haben. Wir behandeln Facharbeiter mit 60.000 Euro Jahresgehalt ebenso als „Reiche“, wie Top-Verdiener mit sechs oder 60 Millionen jährlich und schauen gleichzeitig bei Spitzenvermögen und arbeitslosen „windfall profits“ weg.

Karl Aiginger: Unser Steuersystem ist ein Spiegelbild der Verlogenheit und der falschen Diskussion, die es in Österreich gibt. Wir reden von einem progressiven Steuersystem, haben aber in Wirklichkeit eine Flatrate auf hohem Niveau. Bei einem niedrigen Einkommen zahlt man 40 Prozent, bei einem hohen 45, das ist die Progression in Österreich. Vermögen sind nicht besteuert, weil es hinter jedem Vermögenstatbestand jemanden gibt, der das verteidigt. Ob das nun die Sparer, die Häuslbauer, die Witwen oder die Grundbesitzer sind. Bei der Kinderbetreuung haben wir das Schema: Entweder du bist ordentlich beschäftigt oder nicht. Alles dazwischen ist unanständig: Teilzeit? Unanständig! Ein Sabbatical? Unanständig! Das ist der Grund für die geringen Geburtenraten.

Monika Langthaler: Ich diskutiere das regelmäßig mit vielen Frauen. Es ist extrem schwierig, Beruf und Familie zu verbinden. Es fehlt an Betreuungsplätzen. Frauen, die nach wenigen Wochen wieder arbeiten gehen, gelten als Rabenmütter.

Robert Menasse: Solange ein Land von Vollbeschäftigung entfernt ist, wird weiterhin Interesse daran bestehen, dass man Frauen eher zurückdrängt, anstatt Kinderbetreuungsplätze zu finanzieren und Karrieremöglichkeiten zu schaffen. Ich warne daher, die Frage nach Kindern aus einem rein



„Unser Steuersystem ist ein Spiegelbild der Verlogenheit, die es in Österreich gibt.“
Karl Aiginger

ökonomischen Blickwinkel zu betrachten, denn das ist doch nach wie vor eine ganz private Entscheidung.

Monika Langthaler: Nein, das ist nicht bloß eine private Entscheidung. Für eine Frau ist es in diesem Land nicht möglich, Beruf und Kind wirklich gut miteinander zu verbinden. Da müssen Strukturen geschaffen werden, die das ermöglichen.

Robert Menasse: Da stimme ich zu. Aber man sollte jetzt nicht sagen, dass unsere ökonomische Zukunft davon abhängt. Menschen als Humankapital zu bezeichnen ist inhuman. Es sollte aus selbstverständlichen sozialen, menschlichen Lebensgründen ermöglicht werden, Kinder zu haben.

Robert Misik: Wenn wir wissen, dass es in allen entwickelten Demokratien Westeuropas den Wunsch nach zwei Kindern gibt, die »



„Die entscheidenden Fragen der Zukunft sind die nach Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit.“
Robert Menasse



„Die mangelnde Offenheit ist kaum auszuhalten.“

Christian Friesl

92

„Mir geht diese Jammerei in Österreich so auf die Nerven. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Reform oder Untergang.“

Monika Langthaler

» tatsächliche Geburtenrate aber in manchen Ländern deutlich darunter liegt, dann hat das sehr wohl mit den Rahmenbedingungen zu tun.

Christian Friesl: Wir sind dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass auch eine getrennte, geschiedene Frau unabhängig sein und ihren Lebensunterhalt verdienen kann. Das gehört in eine liberale Gesellschaft absolut hinein. Man kann darüber leider erst seit kurzem mit der ÖVP überhaupt reden. Ich frag mich immer wieder, warum das immer alles so lange dauert?

Robert Misik: Es gibt ja eine Reihe von Problemen, wo Lösungen klar auf dem Tisch liegen, die eindeutig als Win-win-Situationen betrachtet werden können. Dazu zählt auch das eben diskutierte Thema: Massive Investition in öffentliche Dienstleistungen zur Kinderbetreuung führt zu höherer Frauenerwerbstätigkeit, zu höherer Erwerbsquote insgesamt, zu einer höheren Qualifikation der Arbeitspopulation und schließlich zu mehr Jobs.

Karl Aiginger: Aber gerade daran sieht man ja, dass es nicht so leicht ist, so etwas durchzusetzen. Der konservativideologischen Lösung, nach der die Mutter beim Kind sein

muss, steht die sozialistische Lösung gegenüber, dass das Kind im Einheitskindergarten bleiben muss. Wenn das die beiden Alternativen sind, beginnt der Widerstand in der Mitte, wo die Leute sagen, sie wollen den Einheitskindergarten nicht, sondern spezielle Angebote, oder eine spezielle Pädagogik.

Robert Misik: Wenn der öffentliche Kindergarten zur zweitbesten Lösung wird, und jeder, der es sich leisten kann, einen Privatkindergarten besucht, dann ist das auch nicht gut. Wir müssen soziale Durchmischung im Auge haben, denn die schafft letztlich einen Vorteil für uns alle.

Karl Aiginger: Ja, aber wenn ich keine Wahl habe, kommt der Widerstand. Wir haben immer eine Extremlösung, der wir eine andere gegenüberstellen, und dann wundern wir uns, wenn die Mitte gegen beide mobilisiert. Der Staat muss sich auf die Aufsichtsfunktion konzentrieren, gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Monika Langthaler: Ich finde, dass in diesem Land die Eigenverantwortung des Einzelnen nicht wirklich gefördert wird. Es wird mehr denn je vom Staat verlangt, alles zu regeln. Ich halte z. B. diese Mindestsicherung für eine Fehlentwicklung. Für mich steht »

außer Frage: Menschen, die unverschuldet in Schwierigkeiten gekommen sind, denen soll der Staat helfen. Sobald ein System aber zum Missbrauch einlädt, muss es geändert werden. In manchen Branchen, z. B. in der Gastronomie, findet man keine Leute. Das weiß ich aus eigener Erfahrung.

Robert Menasse: Aber es lebt doch kein Mensch fröhlich mit der Mindestsicherung!

Bernd Marin: Ich bin im Weinviertel zu Hause, und dort ist ein Großteil der Landwirte in Invaliditätsrente. Auf meine Frage, wie denn das geht, sagt mir ein Landwirt glatt: Die Kammer berät mich gut! Ich wusste nicht, dass es Aufgabe der Landwirtschaftskammer ist, die Leute zu beraten, wie man mit 49 in den Genuss einer Invaliditätsrente kommt.

Monika Langthaler: Als Gastronomiebetrieb am Land kann man einem Abwäscher nicht 3000 Euro brutto zahlen. Das geht nicht. Das, was jemand als Kellner, Koch oder Abwäscher netto rauskriegt, ist tatsächlich nicht mehr als das, was die Kombi aus Sozialhilfe und Pfusch am Feuerwehrfest einbringt. Ich versteh die Leute sogar. Ich kann denen nicht einmal einen Vorwurf machen.

Karl Aiginger: Das kann in Dänemark oder Schweden nicht passieren, denn dort muss ein Arbeitsloser Angebote annehmen, und „Zuverdienst“ wird streng kontrolliert. Bei uns ist das Schwindeln etabliert. Es wird sogar noch freimütig darüber gesprochen.

Robert Misik: Man muss die Kirche im Dorf lassen. Wann immer ich in ein Gasthaus gehe, sehe ich dort Kellner – und jetzt spreche ich durchaus auch vom Land, ich wohne nämlich auch im Waldviertel –, die offensichtlich trotz dieses geringen Abstands zur Mindestsicherung arbeiten gehen.

Christian Friesl: Das Schlüsselwort ist Eigenverantwortung. Damit meine ich nicht, dass jeder auf sich selbst zurückgeworfen wird. Wir haben unter dem Begriff „Flexicurity“ vorgeschlagen, die Einzelpersonen so stark zu machen, wie es nur irgendwie geht. Die Dänen tun das durch flexible und offene Kündigungsszenarien, gepaart mit einer extrem guten Aus- und Weiterbildung der Betroffenen während der Zeit der Arbeits-



„Es gibt eine Reihe von Problemen, wo Lösungen in Form von Win-win-Situationen klar auf dem Tisch liegen.“

Robert Misik

losigkeit. Das schafft hohe Sicherheit aufgrund der persönlichen Kompetenz, rasch wieder einen Job zu bekommen, und gibt der Person das Selbstvertrauen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes gewachsen zu sein.

Bernd Marin: Ich glaube auch, dass der Rundumversorgungsanspruch von zu kurz gekommenen Menschen dazu führt, dass sie frustriert und wütend auf den Rest der Welt werden. Diese Leute brauchen dann einen Sündenbock und sind für faschistoides Gedankengut offen, sobald sie sich von den nährenden Brüsten weggedrängt fühlen. Der Wähleraustausch zwischen Rot und Blau ist ja der beste Beweis dafür, dass es in der Unterschicht eine Art enttäuschten Versorgungsanspruch gibt.

Karl Aiginger: Es kann nicht sein, dass der Staat der Problemlöser für alles ist und dass alles gratis ist, auch für reiche Leute. »



„Ich frag mich, warum immer alles so lange dauert?“

Christian Friesl

93

» Wir brauchen ein Forschungssystem, das eigenständige Innovationen ermöglicht. Das Land kann sich nicht abschotten. Grenzen sperren ist keine Lösung, sondern wir müssen selber durch Bildung und Forschung an die Spitze gelangen.



Meine Vision für 2025 ist: Wir haben die bestausgebildete Bevölkerung. Wir haben keine Genderungleichheit und keine Bildungsvererbung. Österreich ist ein exzellenter Wirtschaftsstandort vor allem für Unternehmen, die hier auch forschen und entwickeln. Wir haben die geringste Armutsquote in Europa, die höchsten Umweltstandards und sind auf diesem Sektor Vorreiter. Und wir bieten Migranten eine Chance zur Integration und sehen sie als Bereicherung für dieses Land und nicht als Problem.

Monika Langthaler: Ich würde mir wünschen, dass das Jammern weniger und die Eigenverantwortung mehr wird. Ich sage immer zu meinen Mitarbeitern: Geht nicht, gibt's nicht. Es gibt unglaublich viele Möglichkeiten innovativ zu sein. In Österreich fehlt dazu aber leider das Umfeld. Es gibt hier bei uns eine besondere Schubladisierung von allen Menschen. Eine Intoleranz ohne Ende. Ich sag etwas zur Mindestsicherung, und schon gehör ich zu den Reaktionären. Man macht ein Projekt für die ÖVP und gilt auf ewig als Schwarze und wird von den Roten nicht mehr begrüßt. Der Karl Aiginger sagt etwas Positives über Ökosteuern und gilt ab sofort als Grüner. Ich wünsche mir ein Land mit mehr Offenheit und Toleranz und vor allem mit Reformen.

Christian Friesl: Die mangelnde Offenheit ist kaum auszuhalten. Wir werden unsere Wirtschaft nur beflügeln können, wenn wir international sind. Wir sind ein ganz kleines Land und müssen Interesse für Fremdes und für Fremde haben. Das halte ich für eine grundsätzliche Anforderung für Unternehmen aller Art. Wenn man das siebentreichste Land der Welt bleiben will, brauchen wir Bildung und Innovation. Es gibt unternehmerische Chancen im Bildungs- und Sozialbereich. Wir müssen zusehen, dass wir das, wovon wir immer sprechen, sprich Chancen für Frauen, für Migranten, für die Älteren, auch einlösen. Die Politik und die Wirtschaft müssen dafür sorgen, diese Personengruppen an einen qualifizierten Arbeitsmarkt heranzuführen.

Robert Menasse: Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn man das, was wir ständig sagen und wozu wir uns selbst gratulieren, noch näher an die Wirklichkeit heranführen könnte. Wir sagen: Österreich ist ein Erfolgsmodell, Österreich ist das siebentreichste Land, Österreich ist so wunderbar, Österreich ist so kreativ und so weiter. Und dann wundert man sich, warum in diesem Land so viel Aggression, so viel Ressentiment, so viel Laxheit auch im Hinblick auf die eigene Lebensgestaltung herrscht. Das passt doch irgendwie nicht zusammen. Ich bin überzeugt davon, dass ein wesentlicher Grund darin liegt, dass dieser Satz vom siebentreichsten Land der Welt statistisch wahrscheinlich stimmt, aber es zu viele Menschen in diesem Land das in ihrer eigenen Lebensrealität nicht erleben. Ich bin der Meinung, dass das Um und Auf, auch im Hinblick auf ein entspanntes und kreatives Leben, eine breite Diskussion der Verteilungsgerechtigkeit ist. Wenn ich bei der Statistik Austria nachlese, dass es Mitte der 70er-Jahre knapp sieben Prozent des BIPs waren, die in die Bildung investiert wurden, und heute 1,2 Prozent, dann sieht man ja, was real in diesem Land wichtig genommen wurde, und wie real der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird. Nämlich zu wenig in die Bildung der Menschen. Das Geld ist ja da. Man soll aufhören verschiedene soziologische Gruppen gegeneinander auszuspielen, weil das die Spannungen und die Aggression nur verstärkt. Es ist möglich, sowohl eine solidarische Gesellschaft zu schaffen als auch eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne individuell die Chance »



Erfolg mit Qualität



Darauf können Sie vertrauen

65 Jahre Austria Gütezeichen

Die Marke **Austria Gütezeichen**, das erste **Austria Gütezeichen** wurde vom Hauptverband der Industrie Österreichs, der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie initiiert. Unter Zuziehung der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt der Kunstgewerbeschule des Bundesministeriums für Handel und Verkehr, sowie des Österreichischen Museums für Kunst und Industrie entstand im Jahr 1936 nach einem Wettbewerb ein allgemeines österreichisches Warenzeichen. Der Entwurf stammt von dem Graphiker Lorenz Gaigg, der diesen, einschl. des Reproduktionsrechtes auf Grund der Ausschreibungsbedingungen in das Eigentum der damaligen Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Körperschaften „Kauft österreichische Waren“ übertragen hat.

1946 wurde vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Dr. Eduard Heinl, die Bildung einer ARGE Qualitätsarbeit angeregt. Daraufhin wurde die **Österreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Qualitätsarbeit** als gemeinnütziger Verein gegründet. 1949 wurden die Rechte an der Marke dem Verein „Österreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Qualitätsarbeit“ übertragen und die Marke patentamtlich registriert.

Ziel der Kennzeichnung von Produkten mit herausragender österreichischer Qualität war es, die österreichischen Konsumenten mit dem Slogan „Kauft österreichische Waren“ in der Nachkriegszeit zum Kauf von heimischen Erzeugnissen zu motivieren. Die Wirtschaft erkannte sehr rasch die große Bedeutung dieser Qualitätskennzeichnung für den Absatz der Produkte sowohl im In- als auch im Ausland. Durch Hervorhebung der Qualität der Produkte mit dem „Austria Gütezeichen“ konnten bedeutende Märkte dazu gewonnen und die Marktposition verstärkt werden.

Viele namhafte österreichische Erzeuger aus Gewerbe und Industrie nahmen diese Chancen der Qualitätskennzeichnung wahr und beantragten die Auszeichnung der Qualität ihrer Produkte mit dem „Austria Gütezeichen“. Drei Firmen tragen seit mehr als 50 Jahren das „Austria Gütezeichen“. Tausende von Produkten wurden in diesen 65 Jahren ausgezeichnet – periodische Überprüfungen von unabhängigen Prüfstellen bestätigen fortlaufend die überdurchschnittliche Qualität.

In den ersten Jahren nach Gründung der „Österreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Qualitätsarbeit“ waren die Güteanforderungen zur Erlangung des „Austria Gütezeichens“ die ersten und einzigen „normativen Dokumente“, da zu dieser Zeit die gesetzlichen- und die Anforderungen der Normen noch nicht wie im heutigen Ausmaß vorhanden waren.

Heute regeln unzählige nationale und internationale Standards zusätzlich die Qualität von Produkten und Dienstleistungen, die dort wo erforderlich, ebenfalls für die Erlangung des „Austria Gütezeichens“ herangezogen werden. Seit 2004 werden auch Dienstleistungen überprüft und mit dem „Austria Gütezeichen“ ausgezeichnet. Die Konsumenten vertrauen auf die verlässliche Qualität für die die „Austria Gütezeichen“ stehen. Damit ist die Kennzeichnung von Produkten und Dienstleistungen mit den „Austria Gütezeichen“ auch zu einer wesentlichen Verbraucherhilfe geworden.

Die „Austria Gütezeichen“ sind seit 65 Jahren nach wie vor Garant für ausgezeichnete Qualität. Darauf können Sie vertrauen!

ÖQA Österreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Qualität
1010 Wien, Gonzagagasse 1, Tel. (+43 1) 535 37 48
E-Mail: oeqa@qualityaustria.com

www.qualityaustria.com



hat, seinen Weg zu gehen und seine Visionen zu verwirklichen.

Und etwas ist noch sehr wichtig im Zusammenhang mit dem Selbstverständnis Österreichs in einem Europäischen Kontext: Die Europäische Union ist die größte historische Chance, die es auf diesem Kontinent jemals gegeben hat im Hinblick auf ein freies, demokratisches, selbstbewusstes und reiches Leben auf einem ganzen Kontinent. Gleichzeitig fasst sich die EU aus verschiedenen Mitgliedstaaten zusammen, die aufgrund der Katastrophen des 20. Jahrhunderts gelernt haben, wie notwendig es ist, bestimmte soziale Mindeststandards zu entwickeln.

Wenn es so etwas wie globalen Wettbewerb

gibt, dann muss klar sein, dass das nicht die Frage aufwirft, wie wir ein ähnliches Wachstum wie in China schaffen oder wie wir in Exportfragen mit Indien mithalten können, sondern der Wettbewerb muss einer zwischen den real existierenden Gesellschaftsmodellen sein, nämlich einem Turboliberalismuskapitalismus und einem solidarischen sozial austarierten Gesellschaftsmodell mit Bildungs- und Lebenschancen, die allen gerecht zugänglich sind. Das würde einen Sozialstaat auf höherer Ebene, auf EU-Ebene, bedeuten, als Gegenmodell zum Wirtschaftsliberalismus, der auf der ganzen restlichen Welt tobt. Dazu ist es aber auch notwendig, dass hier in Österreich kurzsichtige und kurzfristig populistisch denkende Politiker, und die ziehen sich durch alle Parteien, aufhören, die EU zur Stimmenmaximierung in unserem Kleinstaat als Bösewicht darzustellen, der uns etwas oktroyieren will, sondern im Gegenteil: Man muss die Bedeutung und die Chancen, die die EU eröffnet, hier klar machen – und dass sie nicht ein Gegensatz zu Österreich sind, sondern ein Turbo.

Bernd Marin: Eine ganz große Chance wäre, das Potenzial der Zuwanderer voll zu nutzen, indem wir ihnen faire Chancen der Beteiligung und des sozialen Aufstiegs geben. Gedankenloses Gerede vom siebentreichsten Land der Welt geht mir auch auf

den Geist: dieses Gejammer auf höchstem Niveau! Ungleichbehandlung ist etwas zutiefst demoralisierendes, und dagegen rebellieren die Leute zu Recht.

Wir haben zwei Probleme. Wir haben einen Sozialstaat, der überwiegend Zahlstaat ist. Ein Staat, der höchste Transfers bietet, aber keine guten Services bei Bildung, Kinderbetreuung und Pflege, mit Ausnahme Gesundheit, wie skandinavische Wohlfahrtsgesellschaften. Es genügt nicht, den Leuten Geld in die Hand zu drücken.

Zweitens: Die Leistungen für lebenslange Alterssicherung müssen durch Beiträge voll gedeckt sein. Ist das nicht der Fall, entziehen wir Kindern, Jugendlichen und Erwerbstätigen derzeit jährlich über 13 Milliarden Bundeszuschuss zugunsten schlechter, weil nicht selbstfinanzierender Konsumschulden der Pensionistengeneration. Um diese Verteilungsfrage können wir nicht herumreden, weil man sonst einen handfesten Generationenkonflikt herbeiführt, den ich nicht haben will, den man aber genau so züchtet. Was sicher nicht möglich ist: dass eine Ge-

neration den Generationenvertrag gleichsam mit ins Grab nimmt.

Robert Misik: Man muss endlich einmal die richtigen Dinge angehen, unabhängig von Klientelpolitik. Die Unfähigkeit, substanzielle Diskussionen zu führen, die Unfähigkeit, Dinge auf rationale Weise zu lösen, sodass sie eine Gesellschaft gerechter und funktionstüchtiger machen, hat ihre Ursache letztlich darin, dass die Parteien so schwindsüchtig sind. Wenn Parteien nicht mehr die Besten einer Generation anziehen, dann kommt es zu einer Art Negativauslese des dann vorhandenen politischen Personals. Es braucht auch hier Reformen, etwa ein System aus Vorwahlen.

Robert Menasse: Aber die Reform des europäischen Wahlrechts und Demokratiesystems ist viel dringender! Meine Utopie ist in Wahrheit: Das produktive, partizipatorische Verschwinden Österreichs in einem zusammenwachsenden, sozial gerechtem Europa.

„Wenn Parteien nicht mehr die Besten einer Generation anziehen, dann kommt es zu einer Art Negativauslese des dann vorhandenen politischen Personals.“

Robert Misik

„Die Europäische Union ist die größte historische Chance, die es auf diesem Kontinent jemals gegeben hat.“

Robert Menasse



METRO bringt mehr!

48.000 Artikel on the road.



- Österreichweites Bestell- und Lieferservice
- Lieferung innerhalb von 24 Stunden
- Nach HACCP Richtlinien

Nähere Infos unter:

0800/206 200

www.metro.at/zustellung

Partnerlieferant von hogast

Partner für Profis

METRO